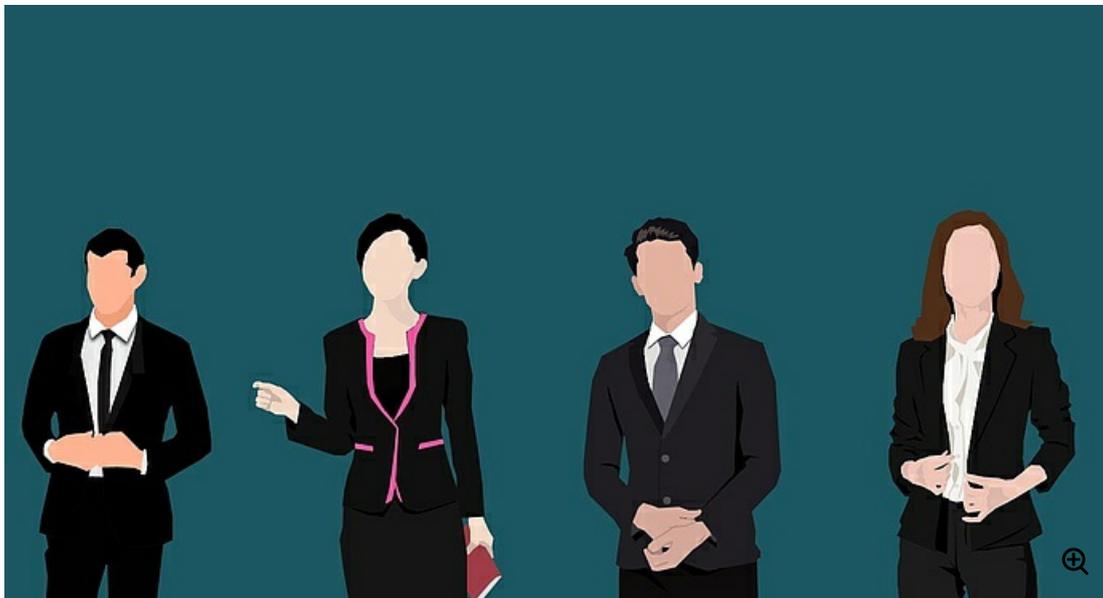


# EVG begrüßt Novellierung des Führungspositionengesetzes

Die EVG hat die grundsätzliche Einigung der schwarz-roten Koalition auf eine verpflichtende Frauenquote für Unternehmensvorstände begrüßt. Es sei ein „großer Schritt für die Gleichstellung, dass Frauen in Vorständen und Führungspositionen stärker repräsentiert werden“, sagte der stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert. „Das ist vor allem Pflicht und Vorbildfunktion für Staatsunternehmen wie die Deutsche Bahn AG.“



Die große Koalition hat sich grundsätzlich auf eine verbindliche Frauenquote in Vorständen geeinigt. In Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern muss demnach künftig im Falle von Neubesetzungen ein Mitglied eine Frau sein. Außerdem soll es für Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Bundes, wie z.B. die Deutsche Bahn, eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen geben.

Die Vorsitzende der EVG-Bundesfrauenleitung Nadja Houy hatte bereits im September deutliche Worte für mehr gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern gefunden: „Die Frauen stellen 50 Prozent der Bevölkerung - das soll sich auch in Führungspositionen widerspiegeln“, so Houy.